

Kolumne Nr. 66/2025

Eine Paketlösung in der Rentenpolitik, die allen Beteiligten was abverlangt, ist nötig und möglich

Ntv News 2.12.2025, 16:30 Uhr live

Die Kombination aus Rentenniveau von 48 %, Mütterrente, Aktivrente und Frühstartrente wird die junge Generation mit Milliardensummen belasten, so dass sie mit höheren Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen rechnen müssen. Deshalb wehren sich jetzt junge CDU-Abgeordnete gegen das Rentenpaket der schwarz-roten Koalition.

Die vom Kabinett beschlossenen Maßnahmen klingen auf den ersten Blick gut: Ein Rentenniveau von 48 % stellt sicher, dass die Renten im Einklang mit den Löhnen steigen; die Mütterrente stellt Mütter mit Kindern, die vor 1992 geboren wurden, mit Müttern gleich, die ihre Kinder nach 1992 geboren haben – beide erhalten die gleiche Zahl an Rentenpunkten, um Kindererziehungszeiten in der Rente abzubilden; die Aktivrente befreit Rentner von der Steuer, soweit sie bis zu 2000 € je Monat (24.000 Euro/Jahr) verdienen; die Frühstartrente sieht 10 €/Monat für Schülerinnen und Schüler vor, damit sie den Umgang mit dem Kapitalmarkt lernen – alles zusammengenommen, gut klingende, aber milliarden schwere Maßnahmen zu Lasten der jungen Menschen.

Stattdessen sollte ein Rentenpaket geschnürt werden, das allen Beteiligten etwas zumutet: Babyboomer sollten mehr Anreize erhalten länger zu arbeiten. Dann könnte das faktische Renteneintrittsalter von derzeit 64,7 Jahren um weitere zwei Jahre steigen. Das ist realistisch. Zur Erinnerung: Zwischen dem Jahr 2000 und heute ist das faktische Renteneintrittsalter um zwei Jahre gestiegen. Dazu muss der Fehlanreiz Rente mit 63 (bzw. 64) wegfallen und das bestehende Instrument der Rentenzuschläge massiv beworben werden. Auch das von SPD-Minister Hubertus Heil in der Ampelkoalition vorgeschlagene Instrument der Rentenaufschubprämie sollte erneut auf den Prüfstand.

Rentnern sollte zugemutet werden, dass ihre Renten in der Zukunft zwar weiterhin steigen, jedoch nur noch real, also inflationsbereinigt. Damit bleibt ihre Kaufkraft konstant, aber sie nimmt nicht mehr mit den Löhnen zu.

Jungen Menschen sollte zugemutet werden, alle zehn Jahre acht Monate länger bis zum Renteneintritt arbeiten zu müssen. Denn alle zehn Jahre steigt auch die Lebenserwartung um ein Jahr. Im Jahr 2045 wäre demnach das Renteneintrittsalter bei 67 Jahren und acht Monaten.

Doch derzeit werden die Lasten des demographischen Wandels ausschließlich den jungen Menschen auferlegt. Die Koalition antizipiert den vermeintlichen Willen ihrer Wähler, die zu 40 % über 60 Jahre alt sind. Doch der Mehrheit der alten Menschen in Deutschland wird das Schicksal der Jungen nicht egal sein. Ohne Abstriche für alle werden die Finanzierungsprobleme der Rentenversicherung nicht zu lösen sein.

Prof. Dr. habil. Alexander Spermann lehrt Volkswirtschaftslehre an der gemeinnützigen FOM-Hochschule für Erwerbstätige in Köln und an der Universität Freiburg.